

Nachtrag^{*)}

von Privatdozent Dr. Paul Hermberg.

1. Die Entwicklung der Allgemeinen Arbeiter-Union (A.A.U.).

Der Zusammenschluß der Betriebsorganisationen zur Allgemeinen Arbeiter-Union erfolgte Ostern 1920 zur gleichen Zeit und in enger Verbindung mit der Bildung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Die K. A. P. D. beschäftigt sich in

^{*)} Im Nachtrag wurde, außer der im Inhaltsverzeichnis angeführten, folgende Literatur benutzt:

Gorter, Hermann, Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats. Herausgeg. v. d. Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Berlin o. J.

Losowsky, A., Das Aktionsprogramm der Roten Gewerkschafts-Internationale. Bibliothek der Roten Gewerkschafts-Internationale. Bd. 5. Berlin 1921.

Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Berlin o. J.

Rühle, Otto, Die Revolution ist keine Parteisache. Berlin-Wilmersdorf 1920.

Varga, Eugen, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. Hamburg 1921.

Zeitschriften und Zeitungen

Die Aktion. Herausgeg. v. Franz Pfemfert. Berlin-Wilmersdorf.

Die Einheitsfront. Organ der Allgem. Arbeiter-Union, Einheitsorganisation. Berlin.

Freie Arbeiter-Union. Organ der Schacht- und Betriebsorganisation der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands. Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen. Gelsenkirchen. Erscheint seit 15. Sept. 1921 als:

Union. Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands. Gelsenkirchen, seit März 1922 Essen. (Ein ähnliches Blatt erscheint unter gleichem

ihrem Programm¹⁾ eingehend mit den „proletarisch-revolutionären Betriebsorganisationen, zusammengefaßt in der Allgemeinen Arbeiter-Union“ und bezeichnet sie als das „Fundament der kommenden Kommunistischen Gesellschaft“, während die politische Organisation „die Sammlung der fortgeschrittensten, geklärtesten und aktivsten Elemente der Arbeiterschaft; den Stoßtrupp ihres Klassenwollens“ darstellt. In nimmermüder Propaganda „wird die K. A. P. innerhalb der Betriebsorganisationen arbeiten“²⁾.

Von Anfang an bestand indessen in der Union eine starke Opposition gegen diese „Parteibevormundung“. Immer wieder wurde betont, daß die K. A. P. D. keine „Partei“ werden dürfe; immer wieder auf die Gefahren des „Zentralismus“ und des „Bonzen-tums“, denen jede Partei hoffnungslos erliegen müsse, hingewiesen³⁾. Bötcher hat die daraus innerhalb der Union entstehenden Gegensätze eingehend geschildert (S. 80 ff.). So sehr sich auch die K. A. P. D. bemühte, die eigenartige Stellung der Partei zu erklären⁴⁾, sie

Titel in Halle für den Bezirk Mitteldeutschland und in Gleiwitz für den Bezirk Oberschlesien.)

Der Kommunistische Gewerkschaftler. Wochenzeitschrift für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Berlin.

Die Rote Gewerkschafts-Internationale. Mitteilungsblatt aller für den Zusammenschluß im Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände wirkenden Arbeiter und Angestellten. Berlin. Fortgesetzt als:

Die Rote Gewerkschafts-Internationale. Organ der R. G. I. Moskau-Berlin.

¹⁾ Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, o. J. Berlin S. 9 ff.

²⁾ Es ist ein Irrtum, wenn Bötcher (S. 84) meint, die Partei sei der weitere, die Union der engere Kreis.

³⁾ Otto Rühle, Die Revolution ist keine Parteisache! (Berlin-Wilmersdorf 1920) zeigt deutlich, wie schwierig es von Anfang an für die „Ostsachsen“ ist, mit der K. A. P. D. zusammenzugehen, ohne ihre prinzipielle Stellung zur Partei aufzugeben.

⁴⁾ „Die Betriebsorganisation bringt ihren Mitgliedern die allgemeinste Kenntnis der Revolution . . . bei. — Die Partei umfaßt die Proletarier, die eine viel größere, tiefere Kenntnis haben. — Kann die Betriebsorganisation, die Union, die Masse des Proletariats zu heldenmütigen, der Revolution und ihrer Mittel und Ziele klar bewußten Kämpfern erheben (eben dadurch, daß sie Betriebsorganisation, keine Gewerkschaft ist), so sammelt die Partei die in ihren Köpfen allerklarsten und dadurch allermutigsten und besten, die Elite des Proletariats . . . — Sie ist aber nicht . . . in Westeuropa und Nordamerika die Beherrscherin, der Tyrann, der Diktator des Proletariats wie in Rußland . . . — Man könnte höchstens sagen: Sie ist das Gehirn des Proletariats, sein Auge, sein Steuermann. Aber auch das ist nicht ganz richtig, denn es macht die Partei

zwar als „die Elite des Proletariats“, aber nicht als „die Beherrscherin“, den „Diktator“ hinzustellen, entgegnete stets die Opposition: wir wollen keine Führerklike, wir brauchen keinen Vormund; Partei heißt Zentralismus; Partei heißt Bonzentum. Wir wollen Eine dem Aufbau der Wirtschaft entsprechende Organisation, die den Klassenkampf wirtschaftlich und politisch führt. In Ostsachsen hatte diese Gegenströmung von Anfang an die Oberhand¹⁾. Schon am 5. Dezember 1920 beschloß hier die Bezirkskonferenz sich ganz von der K. A. P. D. zu lösen. Sie faßte ihr Urteil über die Partei in folgenden Worten zusammen:

„Die Partei ist die aus der vorrevolutionären Epoche überkommene, am Prinzip der Autorität und des Zentralismus orientierte, an Verwaltungsapparat und besoldetes Berufsführertum gebundene, auf die taktischen Methoden bürgerlich-demokratischer Politik eingestellte, unausweichlich zum Opportunismus führende, die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats verhindernde, in der revolutionären Epoche notwendig gegenrevolutionär wirkende Organisationsform.

Daher lehnen wir die Partei als politische Kampforganisation in der Epoche der Revolution grundsätzlich ab. Die K. A. P. D. hat sich ... wiederum auf die Bahn der Entwicklung zur Partei gestellt.

zu einem Teile des Ganzen. Und das ist sie hier nicht, und will sie nicht sein. Sie will hier das Ganze selbst sein, sie will hier in Westeuropa und Nordamerika das ganze Proletariat mit sich durchglühen, das ganze sich gleich machen.“ H. Gorter, Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats (herausgeg. v. d. Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands). Berlin o. J. S. 19f.

¹⁾ „Die Partei als politisches Organisationsgebilde ist in ihrer historischen Existenzbedingung gebunden an die Voraussetzung des bürgerlichen Parlamentarismus, den wir im Zeitalter der Revolution grundsätzlich ablehnen. — Wie dieser entspricht sie ihrer organisatorischen Struktur wie ihren Funktionen nach den Prinzipien der Demokratie, des Repräsentativ- und des Führersystems und des Zentralismus, die wir, weil sie die Prinzipien des bürgerlichen Staates sind, grundsätzlich ablehnen. — Ist die Demokratie die klassische Form des bürgerlichen Staates und der Parlamentarismus die klassische Form der bürgerlichen Herrschaft, so ist die Partei die klassische Form der Geltendmachung und Vertretung bürgerlicher Interessen. Die Politik jeder Partei führt darum notwendigerweise zum Opportunismus und zu den ihm entsprechenden taktischen Methoden (Verhandlungen, Kompromisse, Reform), die wir grundsätzlich ablehnen. — Das revolutionäre Proletariat beginnt zu erkennen, daß politische Parteien anstatt Träger der Revolution zu sein, wie sie behaupten, immer mehr zu deren Hemmnis werden. Es begegnet daher ... dem Wirken auch der revolutionär sich gebärdenden Parteien mit wachsendem Mißtrauen. — Aus all diesen Gründen bedauern wir, daß sich die Opposition der K. P. D. auf dem Parteitage in Berlin

... Darum erklären wir unsere bedingt ausgesprochene Zugehörigkeit zur K. A. P. D. für gelöst und unser bisheriges Verhältnis zu ihr als erledigt.“¹⁾

Die zunächst noch als „Kommunistische Fraktion“ in der Union fortbestehende Bezirksgruppe der K. A. P. D. Ostsachsen ging kurz darauf ganz ein, und Ostsachsen hat damit, was es von Anfang an wollte, die „Einheitsorganisation“, „die Einheit der Organisation für revolutionäre Kampfszwecke“. Trotzdem gelang es auf der 3. Reichskonferenz im Dezember 1920 in Leipzig noch einmal, wenn auch nur mit großer Mühe, eine förmliche Spaltung der A. A. U. zu verhindern²⁾. Allerdings war ein großer Teil der Gruppen praktisch bereits vollkommen von der A. A. U. losgelöst und führte ein ganz selbständiges Dasein. Doch nach der 4. Reichskonferenz vom 12.—14. Juni 1921 in Berlin war auch eine offizielle Trennung nicht mehr zu vermeiden. Die parteifreundliche Richtung, die durch die „Berliner“ vertreten war und auf der Konferenz die Majorität hatte, legte einen Programmentwurf vor, der das Fortbestehen einer selbständigen politischen Organisation neben der Union für notwendig erklärte³⁾. Demgegenüber verlangte der Entwurf Ostsachsens ebenso wie der Württembergische: „Vernichtung der den Klassenkampf hemmenden Parteien und Gewerkschaften.“⁴⁾ Stirn-Göppingen erklärte in der Debatte: „Politische Organisationen als Sonderorganisationen müssen wir aus der Welt zu schaffen bestrebt sein und darüber hinaus das Proletariat von Bevormundung frei machen“⁵⁾. Das richtete sich direkt gegen die K. A. P. D.

am 4./5. April wiederum nach dem Schema demokratisch-parlamentarischer Parteibildung und unter dem Namen einer Partei zusammengeschlossen hat ... — Wenn wir uns aus Gründen sachlich bedingter Solidarität der K. A. P. D. anschließen, so ... usw.“ Dresdner Resolution der Bezirkskonferenz Ostsachsens vom 16. April 1920. „Die Aktion“. Berlin 1921. IX. Jahrg., Nr. 43/44, S. 616.

¹⁾ „Die Aktion“, a. a. O., XI., Nr. 43/44, S. 617/18.

²⁾ Vgl. Bötcher S. 84.

³⁾ vgl. „Die Aktion“, a. a. O., XI. Nr. 23/24, S. 342f.

⁴⁾ Vgl. „Die Aktion“, a. a. O., XI. 21/22, S. 314 und XI. 41/42, S. 591/92.

⁵⁾ „Die Aktion“, a. a. O., XI. 27/28, S. 396. Bezeichnend ist die Stellung der beiden Gruppen zum Punkt VII des Berliner Programms: „Die A. A. U. bekämpft alle Parteien parlamentarischen Charakters, sie gehen als Gebilde der bürgerlichen Epoche dem Zerfall entgegen.“ — Die K. A. P. D. beteiligt sich bekanntlich nicht am Parlament. — Die Opposition beantragt Streichung und folgenden Wortlaut: „Die A. A. U. bekämpft die politischen Parteien, weil ihre Organisationsformen der bürgerlichen Epoche entsprechen. Will das Proletariat sich eine wirklich revolutionäre einheitliche

Zwar wurde der Berliner Programmentwurf angenommen und die Opposition stimmte einer Verbindlichkeitserklärung der Beschlüsse der Reichskonferenz zu, indessen verweigerten die oppositionellen Bezirke diesem Beschluß ihrer Delegierten die Zustimmung und nahmen das Berliner Programm nicht an. Darauf wurden sie vom Reichs-Arbeits-Ausschuß der Union für ausgeschlossen erklärt.

Der von den widerstrebenden Elementen „gereinigte“ Rest schloß sich naturgemäß noch enger an die Partei an¹⁾. Der geistige „Führer“ war in Berlin Dr. Schröder, dessen Broschüren die Programmschriften dieser Richtung der A. A. U. darstellen. Das theoretisierende Element macht sich in dem Organ der Union, dem „Kampfzettel“ immer mehr breit. Man sucht den „Zentralismus“ auch theoretisch wieder zu Ansehen zu bringen. Alle Erörterungen gehen aus von der These, daß der Kapitalismus sich in seiner „Todeskrise“ befindet²⁾. Daher hat das Proletariat direkt auf sein Ziel, „die Übernahme aller Produktionsmittel“ hinzuarbeiten. Um nach Eroberung der politischen Macht die Verwaltung der Wirtschaft übernehmen zu können, muß es sich wirtschaftlich genau so organisieren, „wie der Kapitalismus als Wirtschaftssystem organisiert ist.“ Die Betriebe sind zur Basis zu nehmen und „nach Kartellen, Trusts, Syndikaten usw.“ zusammenzufassen. Nur so wird eine reibungslose Fortführung der Produktion „im Augenblicke der Eroberung der politischen Macht“ ermöglicht. Und das ist notwendig; „denn jede längere Stockung der Produktion wird zu einer unmittelbaren Lebensgefahr für den proletarischen Staat“³⁾. Nach der Eroberung der politischen Macht aber beginnt gleich der Umbau der wirtschaftlichen Organisationsform „nach dem Grundprinzip der sozialistisch-kommunistischen Produktion“. Maßgebend wird einmal

Taktik des Klassenkampfes sicherstellen, dann können die Entscheidungen darüber nur gefaßt werden, in einer Organisation, die das politische und damit zusammenfallende wirtschaftliche Moment zusammenfassend verkörpert. Diese wirtschaftliche und zugleich politische Organisation des Proletariats ist die „A. A. U.“.

¹⁾ Der Inhalt der Zeitschrift der Union: „Der Kampfzettel“ deckt sich oft wörtlich mit dem der Zeitschrift der K. A. P. D. „Die Kommunistische Arbeiter-Zeitung“.

²⁾ Vgl. für das Folgende: „Der Kampfzettel“, a. a. O., 2. Jahrg., Nr. 32: „Die Organisation der A. A. U.“.

³⁾ Vgl. dazu den interessanten Bericht über die Räterediktatur in Ungarn bei E. Varga, Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. Hamburg 1921.

das „Bedarfsprinzip“ und zum anderen die Tatsache, daß „das Proletariat als ganze, einheitliche und geschlossene Klasse über alle Produktionsmittel, die sein gemeinsames Klasseneigentum sind,“ kommandiert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit „der Leitung der Produktion von einer Zentralstelle aus“. „Je straffer die Zentralisation, desto besser.“ Die Betriebe bleiben die Grundlage einer Organisation nach „technischen Industriezweigen“, die ihrerseits zu dem „großen einheitlichen zentral geleiteten Produktionsapparat“ zusammengefaßt werden.

Damit ist man zum alten Ideal der „zentralistisch“ geleiteten Wirtschaft zurückgekehrt und hat eine der bewegenden Kräfte der revolutionären Gewerkschaften, den Drang nach Befreiung vom mechanisierenden Zentralismus ausgeschaltet. Wenn auch alle Organisationen im Laufe der Zeit auf den Standpunkt kommen, nicht mehr wie in Zeiten des ersten stürmischen Werdens jede Zusammenfassung und einheitliche Leitung als „Zentralismus“ abzulehnen, so erscheint doch hier die Zentralisation, die „je straffer, desto besser“ ist, ganz in der alten bekämpften Form, daß die Zentrale alles anordnet, was irgend von einer Zentrale angeordnet werden kann, und den Unterstellen nur das überläßt, was aus eigener Kraft zu ordnen ihr durchaus unmöglich ist. Es mag allerdings mit Recht bezweifelt werden, ob hinter diesen „Theorien“ tatsächlich die der Union angeschlossenen Arbeiter stehen. Den äußeren Anlaß zu einer neuen Spaltung geben dagegen weitere Erörterungen, aus denen für das praktische Verhalten der Arbeiter Konsequenzen gezogen werden.

In einer Aufsatzreihe: „Die Union — was sie ist und was sie nicht ist“¹⁾ wird der Gedanke, daß die Union als Kampforganisation für die „neue Gesellschaft“ sich in der „Todeskrise des Kapitalismus“ nicht mit „opportunistischer“ Verbesserung der augenblicklichen Lage der Arbeiter zu befassen habe und keine gewerkschaftlichen Aufgaben übernehmen dürfe, auf die Spitze getrieben. Der Kampf um die Lebensstellung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft wird zur „Privatsache“ des einzelnen Arbeiters erklärt. Das gibt den Gegnern den willkommenen Anlaß zu einem Sturmangriff gegen die „Schröderklike“, der die Befürwortung einer Taktik des „organisierten Streikbruchs“ vorgeworfen wird. Schröder und seine Anhänger im 3. Berliner

¹⁾ „Der Kampfzettel“, a. a. O., 3. Jahrg., Nr. 8.

Unterbezirk werden aus der A.A.U. ebenso wie aus der K.A.P.D. ausgeschlossen und suchen in Essen eine selbständige Gruppe zu gründen, anscheinend aber mit geringem Erfolg. Die A.A.U. legt ihre Stellung zu den strittigen Fragen in den „Leitsätzen zur Taktik“ fest, die von der 5. Reichskonferenz, die Pfingsten 1922 in Berlin tagt, angenommen werden¹⁾. Das Streben der Leitung, die Bindung der A.A.U. an die K.A.P.D. noch fester zu machen, zeigt sich deutlich bei den Vorbereitungen zur Reichskonferenz. „Der Kampftruf“ schreibt: „Ein Zusammenschluß der Elite der Arbeiterklasse ist deshalb eine Lebensfrage für die Revolution. Die Partei, die wirklich revolutionäre Partei des Proletariats, muß jenes geistige Zentrum bilden ...

Die Reichskonferenz wird gut tun, wenn sie die unmögliche Basis „daß die A.A.U. gegen die K.A.P.D. keinen Kampf führt“ aus dem Programm verschwinden läßt und an dessen Stelle eine Formulierung setzt, daß sie eine revolutionäre Partei ebensogut unterstützt, wie dies umgekehrt der Fall ist; „es geht um die Revolution“²⁾.

Die Konferenz hat dies allerdings nicht getan³⁾. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sich die Mitglieder der A.A.U. entgegen

¹⁾ Vgl. „Der Kampftruf“, a. a. O., 3. Jahrg., Nr. 14 u. 22. Der Inhalt der Leitsätze ist kurz folgender: Es ist für die proletarische Klasse unmöglich, innerhalb des Kapitalismus ihre Lebenslage zu verbessern. Ihr Befreiungskampf kann als Klassenkampf nur von der gesamten Klasse, nicht von der A. A. U. oder einer Gewerkschaft allein geführt werden. Das Ziel des Kampfes kann nicht „Verbesserung“, sondern nur „Abschaffung des Lohnsystems“ sein. „Bricht nun in einem Betriebe ein Lohnstreik aus, so haben unsere Genossen in dem Betriebe zu versuchen, demselben Ziel und Richtung zu geben.“ — „Ist die Belegschaft mit der Umstellung des Kampfes ins politische Fahrwasser einverstanden, so ist zur Leitung des Streiks von der Belegschaft ein Aktionsausschuß zu wählen, in dem keine gesetzlichen Betriebsratsmitglieder und gegen das Räteprinzip verstoßende Gewerkschaftler sein dürfen, sondern einfache Arbeiter, gleichgültig welcher Parteirichtung. ... Durch die Führung der Kämpfe durch Aktionsausschüsse wird der Belegschaft das Bewußtsein eingeimpft, daß nur mit Durchbrechung aller Gesetze und nur gegen die Gewerkschaften und gesetzlichen Betriebsräte gekämpft werden kann. — Der Aktionsausschuß hat sofort zu versuchen, die Kampfbasis zu verbreitern. ... — Weitert sich der Kampf nicht aus und nimmt die Belegschaft von streikenden Betrieben unsere Lösung nicht auf, wählen sie zur Führung des Kampfes keine Aktionsausschüsse, so haben unsere Genossen keinerlei Streikfunktionen zu übernehmen ... haben aber im übrigen selbstverständlich Solidarität zu üben.“

²⁾ „Der Kampftruf“, a. a. O., 3. Jahrg., Nr. 20.

³⁾ Der praktische Wirkungskreis der A. A. U. scheint immer mehr zu-

der Absicht ihrer Führer mit dem Gedanken der Wiedervereinigung mit der A.A.U.-Einheitsorganisation tragen. Das würde allerdings eine völlige Abkehr von der Partei zur Voraussetzung haben; denn die Einheitsorganisation lehnt folgerichtig jede politische Sonderorganisation auf das Entschiedenste ab. Kurz nach der offiziellen Trennung trat im Oktober 1921 eine Reichskonferenz dieser Gruppe, die sogenannte „Einheitskonferenz“ zusammen, die den von Ostsachsen vorgelegten Programmentwurf — es ist das alte Programm der Opposition, das auch der letzten allgemeinen Reichskonferenz vorgelegen hatte — als „grundlegende Richtlinien der Einheitsorganisation“ annahm. Er unterscheidet sich nur durch die prinzipielle Ablehnung jeder Partei von dem alten Programm¹⁾.

sammenzuschumpfen. Er beschränkt sich anscheinend auf Berlin, wo die Organisation einige Tausend Mitglieder zählen soll.

¹⁾ Die Richtlinien lauten: „Richtlinien für die A. A. U. (Einheitsorganisation).“

1. Die A. A. U. ist die politische und wirtschaftliche Einheitsorganisation des revolutionären Proletariats.

2. Die A. A. U. kämpft für den Kommunismus, die Vergesellschaftung der Produktion, Rohstoffe, Mittel und Kräfte und der aus diesen hervorgebrachten Bedarfsgüter. Die A. A. U. will die planmäßige Produktion und Verteilung an die Stelle der heutigen kapitalistischen setzen.

3. Das Endziel der A. A. U. ist die herrschaftslose Gesellschaft, der Weg zu diesem Ziel ist die Diktatur des Proletariats als Klasse. Die Diktatur des Proletariats ist die ausschließliche Willensbestimmung der Arbeiter über die politische und wirtschaftliche Einrichtung der kommunistischen Gesellschaft vermöge der Räteorganisation.

4. Die nächsten Aufgaben der A. A. U. sind: a) Die Zertrümmerung der Gewerkschaften und der politischen Parteien, dieser Haupthindernisse für eine Einigung der proletarischen Klasse und für die Fortentwicklung der sozialen Revolution, die keine Partei- oder Gewerkschaftssache sein kann. — b) Die Zusammenfassung des revolutionären Proletariats in den Betrieben, den Urzellen der Produktion, dem Fundament der kommenden Gesellschaft. Die Form aller Zusammenfassung ist die Betriebsorganisation. — c) Die Entwicklung des Selbstbewußtseins und des Solidaritätsgedankens der Arbeiter. — d) Alle Maßnahmen vorzubereiten, die für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau notwendig sein werden.

5. Die A. A. U. verwirft alle reformistischen und opportunistischen Kampfmethoden, sie wendet sich gegen jede Beteiligung am Parlamentarismus und an den gesetzlichen Betriebsräten; denn sie bedeutet eine Sabotage des Rätegedankens.

6. Die A. A. U. lehnt das Berufsführertum grundsätzlich ab. Sogenannte Führer können nur als Berater in Frage kommen.

7. Alle Funktionen in der A. A. U. sind ehrenamtlich.

Bezeichnend für die Taktik ist die prinzipielle Ablehnung aller Lohnkämpfe, die begründet wird mit der aus dem Gegenlager stammenden Halbwahrheit von der „Schraube ohne Ende“¹⁾.

Literarisch ist die Einheitsorganisation hauptsächlich vertreten durch Otto Rühle²⁾, der vor allem in Ostsachsen einen entscheidenden Einfluß ausübte, und Franz Pfempfert, den Herausgeber der „Aktion“. Dabei legt die Union großes Gewicht darauf, auch die geistige Abhängigkeit von einzelnen Führern zu vermeiden. Ihre Zeitschriften³⁾ sollen nur von Arbeitern geschriebene Artikel bringen und auch von Arbeitern geleitet werden⁴⁾. Um einen möglichst großen Kreis zu Schriftleitern zu schulen, ist der Posten prinzipiell alle 4 Wochen neu zu besetzen. Auch hier verfolgt die Union ihren Grundsatz, möglichst viele Mitglieder für die

8. Die A. A. U. betrachtet den Befreiungskampf des Proletariats nicht als nationale, sondern als eine internationale Angelegenheit. Deshalb erstrebt die A. A. U. die Zusammenfassung des gesamten revolutionären Weltproletariats zu einer Räte-Internationale.“ „Die Aktion“, a. a. O., XI. Jahrg., Nr. 41/42, S. 591.

¹⁾ Resolution der Einheitskonferenz: „Die A. A. U. verwirft Lohnkämpfe aus der Erkenntnis heraus, daß durch den ewigen Kreislauf: Lohnerhöhung — Preissteigerung dem Proletariat nicht geholfen werden kann. In Frage kommen nur Massenstreiks revolutionären Charakters. Tritt die Arbeiterschaft aus Unkenntnis dieser Tatsachen in Teilstreiks ein, so können Unionsgenossen — um der proletarischen Solidarität willen — nicht abseits stehen.“ „Die Aktion“, a. a. O., XI. Jahrg., Nr. 41/42, S. 592.

²⁾ Rühle hat in einer beachtenswerten Aufsatzreihe in der „Aktion“ die „Grundfragen der Organisation“ behandelt. „Die Aktion“, a. a. O., XI. Jahrg., Nr. 37/38—45/46.

³⁾ Im April 1922 erschienen folgende Zeitschriften: „Die Einheitsfront“. Herausg. Heinr. Heitmann, Berlin. „Der Weltkampf“. Organ für die Westsachsen, Zwickau. „Der Unionist“, Organ für den Bez. Wasserkante, Hamburg. „Die Revolution“, Organ für Ostsachsen, Heidenau-Süd.

⁴⁾ „Die Einheitsfront“ ist ein nur von Arbeitern redigiertes, geschriebenes und hochgehaltenes Organ. Von Arbeitern selbstverständlich, die sämtlich in Betrieben arbeiten und diese Tätigkeit im Dienste der Organisation ehrenamtlich versehen. Die Arbeiter-Redakteure legen sämtliche Arbeiten vor Drucklegung einer von der Betriebsorganisation gewählten und stets kontrollierten und ergänzten Pressekommission zur Begutachtung vor. . . . Die Pressekommission ist das Ventil, das verhütet, daß die „Einheitsfront“ jemals Mittel zum Zweck einer sich eventuell bildenden Clique werden kann. — Die Artikel der „Einheitsfront“ werden nicht gezeichnet, weil zunächst einmal das in den Artikeln Wiedergegebene nur eine Reproduktion des Willens der Gesamtmitgliedschaft ist, der von schreibgewandten Genossen zu Sätzen und Artikeln geformt wird. Sodann aber hat die „Einheitsfront“ die Aufgabe, gegen jedwede Autoritäts-

Übernahme wichtiger Stellen im Wirtschaftsbetrieb auszubilden. Sie will die Betriebe „geistig expropriieren“; ihre Mitglieder sollen dafür sorgen, daß am Tage der wahren Revolution, die reaktionären Betriebsleiter das Wirtschaftsleben nicht „sabotieren“ können; sie will in jenem entscheidenden Augenblick der siegreichen revolutionären proletarischen Klasse die Arbeiter zur Verfügung stellen, die auch ohne „bürgerliche“ Direktoren die Betriebe fortführen können, um die verhängnisvolle Stockung der Wirtschaft zu vermeiden¹⁾.

Überblickt man die verschiedenen Spaltungen der A. A. U., so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß doch häufig gerade bei diesen Gelegenheiten der Einfluß einzelner Führer eine entscheidende Rolle spielte. Theorien werden aufgestellt und die Stellung zu diesen Theorien wird so lange „geklärt“, bis man sich auseinandertheoretisiert hat. So scheint jetzt auch wiederum eine Abspaltung der unter den Einfluß einzelner „Führer“ geratenen Gruppe Heidenau von der A. A. U.-Einheitsorganisation bevorzustehen.

Will man den Kern des Streites zwischen A. A. U. und A. A. U.-Einheitsorganisation herauschälen, so stößt man allerdings auf wirkliche Verschiedenheit in der Grundeinstellung. Der Streit ist ursprünglich entstanden um die Frage der Unterordnung der K. A. P. D. unter Moskau und den Beitritt der A. A. U. zur Roten Gewerkschafts-Internationale. Hier sahen die die Einheitsorganisation vertretenden Gruppen deutlich als unvermeidliche Folge jeder besonderen Parteiorganisation „Führerdiktatur“ und „Zentralismus“ wieder aufleben. Zweifellos ist es nur die folgerichtige Durchführung der Grundeinstellung der A. A. U. überhaupt, wenn sie

gläubigkeit, gegen den modernen Götzendienst in der Arbeiterbewegung unserer Tage auf das entschiedenste Front zu machen. Und dazu gehört auch, jede Plattform zu zerschlagen, auf der sich solche kleinen oder großen Götter begeben könnten. Eine solcher Plattformen aber ist die Presse. Und schließlich haben wir gar keine Ursache, die Namen unserer Mitarbeiter der Abteilung 1 A so müheelos zur Kenntnis zu bringen. . . . — Wir zeigen mit Stolz unsere „Einheitsfront“, das echte, rechte Arbeiterblatt, nicht von Weltfremden, zumindest dem Wollen, den Nöten des Proletariats wesensfernen Intellektuellen um den Preis einiger Silberlinge redigiert; nein! von Proleten geleitet, geschrieben, gedruckt, bezahlt und verkauft. Eine echte rechte Proletenzeitung.“ „Die Einheitsfront“, Juni 1922.

¹⁾ Die Einheitsorganisation erklärt, schon heute in der Lage zu sein, etwa 6 Prozent der deutschen Gewerbebetriebe „übernehmen“ zu können. Ihre Mitgliederzahl gibt sie mit 212 000 an. Indessen wird diese Zahl von anderen Seiten als „Propagandaziffer“ bezeichnet.

daher jede besondere Parteiorganisation ablehnt. Es wiederholt sich hier in Deutschland genau das, was sich in Amerika bei der I.W.W. abgespielt hat; und genau wie dort die parteitreue Gruppe der W.I.I.U., scheint hier die alte A.A.U. zur Einflußlosigkeit und zum Absterben verurteilt. Ihre weitere Spaltung scheint das Ende nur zu beschleunigen. Der Streit anlässlich des Ausschlusses der Schrödergruppe war zweifellos in seinem Kern nur ein Streit um die Führerschaft, und die Frage der Stellung zum Streik hat nur den willkommenen äußeren Anlaß zur „Reinigung“ gegeben.

2. Die F. A. U. D., die Rote Gewerkschafts-Internationale und die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands.

Das „Theoretisieren“ und „Klären“ der Führer, das man bei allen radikalen Richtungen, die naturgemäß zu abstrakter Konsequenz neigen, immer wieder findet, hat auch die Stellung der verschiedenen Richtungen der A.A.U. zu den Syndikalistern zweifellos stark beeinflusst. Dabei darf allerdings nie vergessen werden, daß die Syndikalistern selbst in manchen Fragen sehr weit auseinandergehen. Doch hat ihre Organisation zweifellos gerade in Deutschland schon manche recht gefährliche Auseinandersetzungen¹⁾ glücklich überstanden. Die alte Tradition gibt ihr eben doch eine größere Festigkeit, als sie die mit der Revolution neu entstandenen Organisationen haben, deren „Kinderkrankheiten“ die Syndikalistern nicht ganz ohne Schadenfreude ansehen. Wesentliche Neuerungen haben die F.A.U.D. nicht betroffen. Die Prinzipienerklärung²⁾, die auf dem 12. Kongreß vom 27.—30. Dezember 1919 angenommen war, wurde vom 13. Kongreß im Oktober 1920 wiederum für maßgebend erklärt. Nur „die Stellung der Syndikalistern zu den politischen Parteien aller Richtungen“ wurde schärfer präzisiert und aus ihr der Schluß gezogen: „Demzufolge können Mitglieder syndikalistischer Organisationen einer politischen Partei nicht angehören“³⁾. Von entscheidender Bedeutung für die F.A.U.D. wie für die revolutionären Gewerkschaften der Welt ist indessen die Tatsache, daß die Bestrebungen zur Bildung einer syndikalistischen Internationale große Fortschritte gemacht haben,

¹⁾ Vgl. den 12. Kongreß in Düsseldorf.

²⁾ Vgl. Rocker, a. a. O.

³⁾ „Der Syndikalist“, a. a. O., 1921, Nr. 44.

ja vor ihrem Abschluß zu stehen scheinen. Gelingt es nunmehr den Syndikalistern, einen Mittelpunkt für den internationalen Zusammenschluß der revolutionären gewerkschaftlichen Elemente zu schaffen, so wird er auf alle diese Organisationen, die größtenteils jetzt schon in freundschaftlicher Beziehung zu den Syndikalistern stehen, eine starke Anziehungskraft ausüben, und der syndikalistische Einfluß, der sich ja überall in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung schon immer bemerkbar machte, wird bedeutend wachsen.

Eine internationale Konferenz der revolutionären Syndikalistern fand vom 16.—19. Juni 1922 in Berlin statt¹⁾. Es handelte sich vor allem um die Frage, ob die Syndikalistern sich der R.G.I. anschließen oder ob sie eine eigene Internationale gründen sollten. Besonders auf energische Forderung der Spanier, der stärksten syndikalistischen Organisation, sowie auf die schriftliche Erklärung der I.W.W. Amerikas beschloß der Kongreß, sich nicht der Moskauer Internationale anzuschließen, sondern für den 12.—19. November 1922 die revolutionär-syndikalistischen Landesorganisationen zu einem Weltkongreß einzuberufen. Die Vorbereitungen wurden einem Büro übertragen, zu dessen Sekretär der Deutsche Rudolf Rocker gewählt wurde. Von besonderer Bedeutung ist es, daß sich dieser Kongreß bereits auf eine Prinzipienerklärung einigte, die im wesentlichen der der F.A.U.D. entspricht²⁾.

¹⁾ Es waren folgende Organisationen vertreten:

Deutschland: F. A. U. D. (Mitgliederzahl im Frühjahr 1922 etwa 170 000).

Frankreich: Confédération Générale du Travail Unitair.

Spanien: Confederación General del Trabajo.

Schweden: Sverige Arbetares Centralorganisation.

Norwegen: Syndikalistische Union.

Holland: Verband der Seeleute „Eintracht“.

Rußland: Syndikalistische Minderheit der Gewerkschaften.

Russische Zentralverbände der Gewerkschaften.

Der Vertreter der Russischen Zentralverbände verließ bald unter Protest den Kongreß. Die Franzosen, die noch keine selbständige Landesorganisation gebildet haben, waren nur zur Information erschienen. Das Nationale Arbeiter-Sekretariat Holland hatte ein Schreiben gesandt und seine Abwesenheit damit begründet, daß es sich gerade in der Urabstimmung über den Anschluß an die Rote Gewerkschafts-Internationale befinde. Die I. W. W. Amerikas (ihre Stärke wird für das Frühjahr 1922 mit 125 000 angegeben) hatten ebenfalls ein Begrüßungsschreiben geschickt, das die Gründung einer selbständigen syndikalistischen Internationale verlangte. Dasselbe forderte ein Schreiben Portugals; vgl. „Der Syndikalist“, a. a. O., 1921, Nr. 25.

²⁾ Die Prinzipienerklärung lautet: „Die internationale Konferenz anerkennt

Bötcher rechnet noch mit der Möglichkeit, daß die Versuche, „Syndikalistinnen und Unionisten in einer ‚Roten Gewerkschafts-Internationale‘ aller revolutionären Gewerkschaftler, deren Sitz in Moskau liegen soll, zusammenzuschließen“, von Erfolg gekrönt sein

folgende Thesen über die Grundsätze und die Taktik des revolutionären Syndikalismus:

1. Der revolutionäre Syndikalismus ist die auf dem Boden des Klassenkampfes fußende Bewegung der werktätigen Volksschichten, welche die Vereinigung aller Hand- und Kopfarbeiter in wirtschaftlichen Kampforganisationen erstrebt, um deren Befreiung vom Joche der Lohnsklaverei und des staatlichen Unterdrückungsapparates anzubahnen und praktisch durchzuführen. Sein Ziel ist die Reorganisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens auf der Basis des freien Kommunismus durch die gemeinschaftliche revolutionäre Aktion der arbeitenden Klassen selbst. Er vertritt den Standpunkt, daß nur die Wirtschaftsorganisationen des Proletariats für die Erfüllung dieser Aufgaben geeignet sind und wendet sich daher an die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Produzenten und Erzeuger gesellschaftlicher Werte, im Gegensatz zu den modernen politischen Arbeiterparteien, die für konstruktive wirtschaftliche Zwecke nicht in Betracht kommen.

2. Der revolutionäre Syndikalismus ist ausgesprochener Gegner aller wirtschaftlichen und sozialen Monopole und erstrebt deren Beseitigung durch die Wirtschaftskommunen und Betriebsverwaltungen der Industrie- und Feldarbeiter auf dem Boden eines freien Rätessystems, das keiner politischen Macht oder Partei unterstellt ist. Gegen die Politik des Staates und der Parteien stellt er die Wirtschaftsorganisation der Arbeit; gegen die Regierung der Menschen die Verwaltung der Dinge. Aus diesem Grund erstrebt er nicht die Eroberung der politischen Macht, sondern die Ausschaltung jeder staatlichen Funktion aus dem Leben der Gesellschaft. Er ist der Meinung, daß zusammen mit dem Monopol des Besitzes auch das Monopol der Herrschaft verschwinden muß, und daß der Staat in jeder Form, auch in der Form der sogenannten „Diktatur des Proletariats“ niemals ein Werkzeug für die Befreiung der Arbeit, sondern immer nur der Schöpfer neuer Monopole und neuer Privilegien sein kann.

3. Die Aufgabe des revolutionären Syndikalismus ist eine zweifache: er führt einerseits den revolutionären Tageskampf für die wirtschaftliche, geistige und sittliche Besserstellung der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung, andererseits ist es sein vornehmstes Ziel, die Massen heranzubilden für die selbständige Verwaltung der Produktion und der Verteilung und die Übernahme sämtlicher Zweige des gesellschaftlichen Lebens. Er ist der Überzeugung, daß die Organisation einer Wirtschaftsordnung, die sich in ihrer Gesamtheit auf die Produzenten stützt nicht durch Regierungsbeschlüsse und Staatsdekrete geregelt werden kann, sondern nur durch den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in jedem besonderen Produktionszweige, durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst, und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus

könnten. Heute muß man diese Versuche, die auf den Widerstand der revolutionären Gewerkschaften fast aller Länder stießen, als endgültig gescheitert ansehen. Einerseits war es das Fehlen eines anderen Mittelpunktes und die fast von religiöser Ehrfurcht getragene Begeisterung für den Proletarierstaat, was alle Revo-

sind, die auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.

4. Der revolutionäre Syndikalismus ist Gegner aller zentralistischen Bestrebungen und Organisationen, die dem Staate und der Kirche entlehnt sind und welche die selbständige Initiative und das eigene Denken systematisch ersticken. Der Zentralismus ist die künstliche Organisation von oben nach unten, welche die Regelung der Angelegenheiten Aller einzelnen Wenigen in Bausch und Bogen überträgt. Dadurch wird der einzelne zur Marionette, die von oben gelenkt und geleitet wird. Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einzelner Weniger, die Verschiedenartigkeit der Uniformität, die persönliche Verantwortlichkeit einer toten Disziplin, die Erziehung der Dressur das Feld räumen. Aus diesem Grunde steht der revolutionäre Syndikalismus auf dem Boden der föderalistischen Vereinigung, das heißt der Organisation von unten nach oben, des freiwilligen Zusammenschlusses aller Kräfte auf der Basis der gemeinschaftlichen Interessen und Überzeugungen.

5. Der revolutionäre Syndikalismus verwirft jede parlamentarische Betätigung und jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften. Auch das freieste Wahlrecht kann die klaffenden Gegensätze innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht mildern, und das ganze parlamentarische System hat nur den Zweck, der Herrschaft der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu verleihen — den Sklaven zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken.

6. Der revolutionäre Syndikalismus verwirft alle willkürliche gezogenen politischen und nationalen Grenzen und erblickt in dem Nationalismus nur die Religion des modernen Staates, hinter der sich lediglich die Interessen der besitzenden Klassen verbergen. Er anerkennt nur Unterschiede regionaler Natur und fordert für jede Volksgruppe das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln zu können im solidarischen Übereinkommen mit allen anderen wirtschaftlichen regionalen oder Landesvereinigungen.

7. Aus demselben Grunde bekämpft der revolutionäre Syndikalismus den Militarismus in jeder Form und betrachtet die antimilitaristische Propaganda als eine seiner wichtigsten Aufgaben im Kampfe gegen das bestehende System. Dazu gehört in erster Linie die Verweigerung der Persönlichkeit dem Staate gegenüber und besonders der organisierte Boykott der Arbeiter gegen die Herstellung von Heeresgerät.

8. Der revolutionäre Syndikalismus steht auf dem Boden der direkten Aktion und unterstützt alle Kämpfe des Volkes, die mit seinen Zielen der Abschaffung der Wirtschaftsmonopole und der Gewaltherrschaft des Staates nicht im Widerspruch stehen. Als Kampfmittel anerkennt er den Streik, den Boykott, die Sabotage usw. Ihren höchsten Ausdruck findet direkte Aktion

lutionäre immer wieder nach Moskau zog¹⁾, andererseits erregte dagegen schon die kaum verschleierte Tendenz zum Zentralismus und zur Parteidiktatur das Mißtrauen der meisten Organisationen, und der Übergang zur „Zellentheorie“²⁾ mußte vollends ihren energischen Widerspruch herausfordern. Es soll hier nicht untersucht werden, wie weit die Rote Gewerkschafts-Internationale mit ihrem Bestreben, alle revolutionären Elemente in den Gewerkschaften zu sammeln, dort Erfolg gehabt hat und weiter haben wird, wo selbständige revolutionäre Gewerkschaften nicht bestehen, wie z. B. in England³⁾. Dagegen erscheint die kategorische Forderung, daß

im sozialen Generalstreik, in dem die Syndikalisten zur selben Zeit die Einleitung zu der sozialen Revolution erblicken.

9. Gegner jeder organisierten Gewalt in der Hand irgendeiner revolutionären Regierung, verkennen die Syndikalisten nicht, daß in den entscheidenden Kämpfen zwischen der kapitalistischen Gegenwart und der freien kommunistischen Zukunft die Dinge sich nicht reibungslos abspielen werden. Sie anerkennen daher die Gewalt als Verteidigungsmittel gegen die Gewaltmethoden der regierenden Klassen, im Kampfe für die Besetzung der Betriebe und des Grund und Bodens durch das revolutionäre Volk. Ebenso wie die Expropriation der Betriebe und des Landes von den revolutionären Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter praktisch ausgeführt und auf die Bahn der sozialen Reorganisation geführt werden muß, so darf auch die Verteidigung der Revolution nicht einer bestimmten militärischen oder irgendeiner anderen Organisation, die außerhalb der Wirtschaftsverbände steht, überlassen bleiben, sie muß vielmehr den Massen selbst und ihren wirtschaftlichen Organisationen anvertraut sein.

10. Nur in der revolutionären Wirtschaftsorganisation des werktätigen Volkes liegt der Hebel zu seiner Befreiung und die schöpferische Kraft zum Wiederaufbau der Gesellschaft im Sinne des freien Kommunismus.“

„Der Syndikalist“, a. a. O., 1921, Nr. 25.

¹⁾ Vgl. z. B. den Bericht, den Bartels auf dem Kongreß der F. A. U. Gelsenkirchen am 4. Sept. 1921 über seine Reise nach Moskau gab. Die Union. Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, Gelsenkirchen, 3. Jahrg. Nr. 35.

²⁾ „Die revolutionäre Einstellung besteht nicht darin, daß man sich von den Verbänden abwendet und neue, hübsch rein revolutionäre Verbändchen ins Leben ruft, sondern darin, daß man dorthin geht, wo sich die Masse befindet, um in diesen Massenorganisationen eine Linie zu befolgen, welche imstande ist, die Vorzüge einer revolutionären Taktik vor der reformistischen den breiten Arbeiterschichten klarzumachen. . . . Wenn wir zum Eintritt in die Verbände auffordern, beabsichtigen wir die Erwerbung der Masse und die Umwandlung der Gewerkschaften zu Werkzeugen der sozialen Revolution den Absichten ihrer konservativen Führer zum Trotz. . . .“ A. Losowsky, Das Aktionsprogramm der Roten Gewerkschafts-Internationale (Bibl. der R. G. J., Band 5), Berlin 1921, S. 83ff.

³⁾ Über die Konferenz der Anhänger der R. G. I. in Glasgow am 21. Ja-

jede ihr angeschlossene Organisation eine Agitation unter den Arbeitern zum Austritt aus den alten Zentralgewerkschaften unbedingt zu unterlassen hat, auf die Dauer mit dem Wesen der selbständigen revolutionären Gewerkschaften — und nur diese beschäftigen uns hier — schlechterdings unvereinbar. In Deutschland ist nur eine selbständige Gewerkschaftsorganisation der R. G. I. angeschlossen, die Union der Hand- und Kopfarbeiter. Und gerade die Geschichte dieses Anschlusses zeigt die unendlichen Schwierigkeiten, die sich aus diesem offensichtlichen Widerspruch ergeben.

Den Kern der Union bildet die Freie Arbeiter-Union Gelsenkirchen. Ihre Anfänge gehen in die Zeit der Revolution zurück. Während des Winters 1918/19 bildeten sich unter den Bergarbeitern einzelne revolutionäre Gruppen, die für eine betriebsmäßige Organisation der Gewerkschaften als „Einheitsorganisationen“ des Klassenkampfes eintraten. Der Bergarbeiterstreik im April 1919¹⁾ gab der Bewegung einen neuen Schwung. Noch unter dem Belagerungszustand gelang es am 15. September 1919, eine Konferenz der einzelnen Bergarbeiter-Unionen in Düsseldorf herbeizuführen. Aber man kam zu keiner Einigung. Die verschiedensten Elemente: Individualisten, Anarchisten, Syndikalisten, Föderalisten und Marxisten aller Richtungen prallten aufeinander. Einig war man indessen in zwei Grundforderungen, die wie Bötcher gezeigt hat, die ganze revolutionäre Gewerkschaftsbewegung charakterisieren: Betriebsorganisation und Einheitsorganisation. Dahin drängte mit elementarer Gewalt das revolutionäre Sehnen der Massen. Überall machte sich ein starker Einfluß der Syndikalisten geltend; denn gestützt auf die Erfahrung einer alten Tradition, konnten sie als einzige mit Grundsätzen hervortreten, die schon im Feuer zahlreicher Diskussionen geläutert waren. Unter den verschiedenen

nuar 1922 unter dem Vorsitz von Tom Mann vgl. „Die rote Gewerkschafts-Internationale“. Organ der R. G. I. Moskau-Berlin 1922, 2. Jahrg., Nr. 3.

¹⁾ „Im Aprilstreik der Bergarbeiter 1919 brach sich der Unmut über die altgewerkschaftliche Politik zum ersten Male Bahn in der gruppenweisen Absonderung organisierter Arbeiter vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Ohne irgendwelche organisatorische Vorbereitungen, ohne die vorangegangene Festlegung auf bestimmte Tendenzen sprang mit einem Male der revolutionäre Funke in die Reihen des Bergarbeiterverbandes hinein. Die abgesplitterten Teile sammelten sich nur sehr langsam unter dem Stichwort: „Einheitsorganisation“. „Freie Arbeiter-Union, Organ der Schacht- und Betriebsorganisation der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands“, 3. Jahrg., Nr. 34, 30. Aug. 1921.

Richtungen behaupteten sich drei: die A. A. U., die F. A. U. D. und die F. A. U. Gelsenkirchen. Eine kurze Zeit gehörte letztere, die ursprünglich den Namen Allgemeine Bergarbeiter-Union führte, allerdings dem losen Zusammenschluß der Syndikalistinnen an, und aus dies Zeit rührt vermutlich ihr neuer Name. Doch sehr bald erhielten die marxistischen Elemente wieder die Führung. Die Union geriet zunächst unter den Einfluß der U. S. P. und suchte dann sehr bald den Anschluß an Moskau. Noch bevor sie auf dem Reichskongreß vom 31. Oktober bis 2. November 1920, wo sich ihr die Bergarbeiter-Unionen Mitteldeutschlands und Oberschlesiens anschlossen, zu festen allgemeinen Richtlinien gelangt war, hatte sie sich am 14. September mit der Bitte um Aufnahme an die R. G. I. gewandt. Dieser Entschluß war wohl ohne klare Überlegung der Folgen gleich nach Bekanntwerden der Gründung der R. G. I. gefaßt. Nach langer Pause traf am 22. Januar bei der Geschäftsstelle die Nachricht von der Aufnahme ein. In eingehenden Beratungen in Berlin war vorher die Stellung der Gewerkschaft zur V. K. P. D. festgelegt worden¹⁾. Trotzdem blieben Reibungen nicht aus. Naturgemäß suchte die F. A. U. Gelsenkirchen den Anschluß an andere revolutionäre Gewerkschaftsorganisationen. Sie trat in Beziehung zu dem Verband der Hand- und Kopfarbeiter Berlin und dem Landarbeiter-Verband Braunschweig. Doch der Versuch im Januar 1921 mit diesen Organisationen ein Kartell zu bilden, wurde von der Reichsgewerkschaftszentrale der V. K. P. D. zerschlagen. Der Hand- und Kopfarbeiterverband war schon vorher der R. G. I. angeschlossen. Die Leiter dieser unbedeutenden Organisation hatten mit der Reichsgewerkschaftszentrale die charakteristische Vereinbarung getroffen, „daß der Verband der Hand- und Kopfarbeiter keine propagandistische Tätigkeit außerhalb Berlins betreibt und keine Neugründung von Ortsgruppen vornimmt“ ohne Billigung der Reichsgewerkschaftszentrale. „Bei Beratung dieser Verein-

¹⁾ Die wichtigsten Abschnitte der Vereinbarung lauten: „Die Union hat keinerlei „Anweisungen“ und dergleichen von der Partei entgegenzunehmen, sondern arbeitet nach den Richtlinien des Internationalen Rates, in den sie einen Vertreter entsenden wird. . . . Die Parteigenossen in der Union dagegen haben die selbstverständliche Pflicht, darüber zu wachen, daß die Union den wirklichen Klassenkampf auf marxistischem Boden führt. Die Partei kann also nur durch die kommunistischen Mitglieder der Union mittelbar wirken, genau wie in anderen Verbänden auch.“ „Freie Arbeiter-Union“, a. a. O., 3. Jahrg., Nr. 4, 27. Januar 1921.

barung wurde ausdrücklich betont, daß die Notwendigkeit der Gründung neuer Ortsgruppen nur dann zu bejahen ist, wenn es sich um unorganisierte oder um solche ehemalige Angehörige der freien Gewerkschaften handelt, bei denen die Gefahr besteht, daß sie syndikalistischen Wirrköpfen zum Opfer fallen“¹⁾. Trotzdem hatte der Verband im Januar 1921 den Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband in Halle gesprengt und dort eine Ortsgruppe gegründet. Durch diesen Staatsstreik war er erheblich gewachsen, hatte aber den Zorn der Partei und der Reichsgewerkschaftszentrale auf sich gezogen. Am 18. Mai wurde indessen das „Rote Kartell“ trotzdem geschlossen. Es erhielt den Namen „Hand- und Kopfarbeiter-Union“. Die neue Vereinigung wandte sich sofort gegen die „Gewerkschaftlichen Richtlinien des Parteitages der V. K. P. D. vom Dezember 1920 und erhob erneut den Ruf: „Heraus aus den Gewerkschaften“²⁾. Das verstieß gegen alle Vereinbarungen und entrüstet und energisch griff die R. G. I. ein. Erklärung folgte auf Erklärung³⁾. Der Streit ging hin und her. Unter dem 9. Juni erließ die Moskauer Zentrale selbst einen Aufruf an die Mitglieder der F. A. U., in dem es hieß: „In einer internationalen Organisation muß internationale Disziplin gelten . . . Wir erwarten von Euch die sofortige Aufhebung Eures verhängnisvollen Beschlusses“⁴⁾. Die gleiche Forderung stellte der im Juli in Moskau tagende konstituierende Kongreß der R. G. I., und die Union mußte sich fügen. Auf dem endgültigen Vereinigungskongreß der „F. A. U. Gelsenkirchen“, des „Verbandes der Kopf- und Handarbeiter“ und des „Freien Landarbeiter-Verbandes“ am 4. September 1921 in Halle, der aus dem „Roten Kartell“ eine einheitliche Organisation, die „Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands“⁵⁾ schuf, wurde beschlossen: „Die Freie Arbeiter-Union gibt die Parole „Heraus aus den Gewerk-

¹⁾ „Der Kommunistische Gewerkschaftler“. Herausg. Reichsgewerkschaftszentrale der V. K. P. D. Berlin, 1. Jahrg., Nr. 6, S. 55.

²⁾ „Freie Arbeiter-Union“, a. a. O., 3. Jahrg., Nr. 20, 26. Mai 1921.

³⁾ Vgl. z. B. „Die Rote Gewerkschafts-Internationale“. Mitteilungsblatt aller für den Zusammenschluß im Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände wirkenden Arbeiter und Angestellten, 1. Jahrg., Nr. 18, Berlin, 21. Mai 1921, S. 185. „An die Mitglieder der F. A. U. Gelsenkirchen.“

⁴⁾ Ebenda, 1. Jahrg., Nr. 26, S. 182.

⁵⁾ Auf dem Kongreß vertrat die F. A. U. Gelsenkirchen ca. 125000 Mitglieder, der Verband der Kopf- und Handarbeiter 16 232 Mitglieder, der Freie Landarbeiter-Verband 27 300 Mitglieder, zusammen ca. 168 700 Mitglieder. Für die Gegenwart werden ähnliche Zahlen angegeben. Indessen führen Nach-

schaften' auf, weil sie sich bewußt ist, daß sie Mitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale ist und bleiben muß¹⁾. Damit hatte die Union auf ihre Selbständigkeit verzichtet und der Kampf flaute ab. Immerhin wird noch unter dem 3. Dezember ein Hirtenbrief von Moskau veröffentlicht, der sehr energisch zur Ordnung ruft²⁾. Das scheint praktisch die volle Unterordnung unter die Partei zu bedeuten. Von den Neuerungen der revolutionären Gewerkschaften bliebe damit der Union nur noch die Betriebsorganisation, die sie

prüfungen an der Hand zuverlässigen Materials für die Zeit vom Januar bis Juli 1922 nur zu einem durchschnittlichen Mitgliederbestand der Union der Hand- und Kopfarbeiter von etwa 70 000, wobei allerdings Schlesien unberücksichtigt bleibt.

¹⁾ „Die Union“, a. a. O., 3. Jahrg., Nr. 55, Gelsenkirchen, 15. Sept. 1921 (das Blatt bildet die Fortsetzung der „Freien Arbeiter-Union“, a. a. O.)

²⁾ „An die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands: Werte Genossen! — Wir haben mit Freude Kenntnis genommen, daß Ihr auf Eurer Tagung in Halle beschlossen habt, Mitglied der Roten Gewerkschafts-Internationale zu sein“ . . . Die Resolution aber . . . ist nach unserer Meinung geeignet, neuen Unklarheiten, neuen Mißdeutungen Tür und Tor zu öffnen . . . Hat sich die R. G. I. zu der Erkenntnis durchgerungen, die Gewerkschaften müssen erobert werden, und hat sie auf dieser Eroberung ihre Taktik festgelegt, dann ist es unangängig, wenn Mitglieder der R. G. I. erklären: das ist ganz falsch, die Gewerkschaften können nicht erobert werden. . . . Die Beschlüsse der Roten Gewerkschafts-Internationale müssen nicht nur loyal, sondern strikte durchgeführt werden. In Eurer Zeitung habt ihr deshalb eine dauernde, stetige Beeinflussung der Mitglieder im Sinne der Beschlüsse des 1. Kongresses der Gewerkschaften vorzunehmen . . . Wir sehen uns weiter genötigt, auf einige Mängel in Eurer Organisation hinzuweisen. . . . Die Mitglieder Eurer Organisationen selbst müssen straffer zusammengefaßt werden und sind den Bedingungen des Kampfes entsprechend zu gliedern. D.h. also Kampf gegen alle partikularistischen und föderalistischen Ideen, also demokratischer Zentralismus auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber Einteilung der Mitglieder nach Industriegruppen in Sektionen. . . . Wir bemerken mit Erstaunen, daß die Mitglieder der Union gegenüber den Mitgliedern der freien Gewerkschaften sehr niedrige Beiträge zahlen. . . . Wir erwarten von Euch, daß ihr im Sinne unseres Schreibens in der Union wirken werdet und hoffen, das aus dem Inhalt der nächsten Nummer Eurer Zeitung ersehen zu können.

Mit brüderlichen Grüßen

Generalsekretär: im Auftrag: gez. A. Losowsky,
Leiter der deutschen Sektion: gez. Fritz Merkert“.

Die Union fügt dem Schreiben hinzu, daß es durch die Verhältnisse schon überholt sei: „Die in dem Brief angeschlagenen Töne klingen teilweise so fremd, daß wir sie nicht mehr verstehen.“ Zwischen Union und Partei bestehe heute

durch alle Wandlungen hindurch gerettet hat¹⁾. Da aber die Union wohl auf dem Papier, doch niemals in Wirklichkeit darauf verzichten wird, auch unter den bereits gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern zu werben, — tatsächlich wirkt schon der immer noch sehr niedrige Mitgliederbeitrag von 10 M in der

bestes Einvernehmen. „Wir bringen diesen Brief als ein letztes Aufflackern einer verflossenen Periode.“ „Die Union“, a. a. O., 1. Jahrg., Nr. 12, 3. Dezember 1921.

¹⁾ In einer Aufsatzreihe „Über die Gewerkschaften“ heißt es in der „Freien Arbeiter-Union“, a. a. O., 3. Jahrg., Nr. 26, 6. Juli 1921: „Warum sind nun die Betriebs-, die Werkstättenorganisationen und die auf sie gestützte und aus ihnen bestehende Arbeiter-Union solche ausgezeichneten, ja, mit den kommunistischen Parteien die besten, die einzig guten Waffen für die Revolution in Westeuropa? Weil die Arbeiter selbst handelnd auftraten, unendlich mehr als die alten Gewerkschaften, weil sie die Führer und dadurch auch die Führung in ihrer Hand haben und weil sie die Betriebsorganisation und dadurch die ganze Union kontrollieren, ist die Selbständigkeit der einzelnen gewahrt. Jeder Betrieb, jede Werkstatt ist ein Ganzes. In denselben wählen die Arbeiter ihre Vertrauensleute. Die Betriebsorganisationen sind nach Wirtschaftsbezirken eingeteilt. Für dieselben werden wieder Vertrauensleute (Räte) gewählt. Und diese Bezirke wählen wieder den obersten Wirtschaftsrat für das ganze Reich. Alle Betriebsorganisationen, gleich welchen Berufes, finden sich zusammen in der Arbeiter-Union und den Sektionen für Bergarbeiter, Metall-, Holz-, Eisenbahnarbeiter usw. . . . Individuum und Zentrallleitung haben genau soviel Macht als in Westeuropa zur Durchführung der Revolution notwendig und möglich ist. . . . Ersetzen die Arbeiter in den alten Gewerkschaften die Bürokratie durch andere Personen, so werden sie in kurzer Zeit sehen, daß auch diese denselben Charakter tragen, hoch unerreichbar über den Massen, nicht mehr in Fühlung mit ihnen. 99 Prozent werden Tyrannen oder mindestens Verräter sein, an der Seite der Bourgeoisie stehend; denn das Wesen der Organisation macht sie so. Wie anders in der Betriebsorganisation! Hier ist der Arbeiter es selbst, der über Taktik, Richtung, Kampf entscheidet und sofort, wenn die Führer nicht tun was er will, eingreift. Er ist fortwährend, da der Betrieb, die Werkstatt zu gleicher Zeit Organisation ist, selbst im Kampfe. Er ist, soweit dies unter dem Kapitalismus möglich ist, der Macher und Führer seines eigenen Geschickes, und weil das in allen Vorkommnissen der Fall ist, ist die Masse die Macherin und die Führerin ihres eigenen Kampfes. Viel mehr als es in den alten Gewerkschaften, den reformistischen als auch den syndikalistischen möglich war.

Es sei noch bemerkt, daß diese neue Verbindung von Individualismus und Zentralismus nicht bereits vorhanden ist, sondern jetzt erst entsteht, ein Prozeß ist und im Kampfe selbst erst entwickelt und zur Vervollkommenung gebracht wird.“

Die auf dem Kongreß in Halle im September 1921 angenommenen „Satzungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands“ sagen über die „Gliederung“: „Die Organisation baut sich auf auf der Grundlage des Räte-

Woche als Werbemittel —, andererseits die R. G. I. am liebsten ein Wiederaufgehen der Sondergewerkschaft in den alten Verbänden sehen würde, wird der Streit immer wieder aufleben und nur mit dem Austritt der Union aus der R. G. I. oder mit ihrer Auflösung enden können.

3. Funktion und Organisationsform der deutschen revolutionären Gewerkschaften.

Bötchers Untersuchung geht von der Auffassung aus, daß das Wesen einer Gewerkschaft nicht so sehr in ihrem organisatorischen Aufbau, ihrer „Struktur“ als vielmehr in ihrer „Funktion“ zum Ausdruck komme. Dabei sieht er die „Funktion“ vor allen Dingen charakterisiert durch die Aufgaben, welche die Mitglieder der Gewerkschaft zuschreiben. Was die Menschen mit ihrem Zusammenschluß erreichen wollen, das ist das Bezeichnende für jede gemeinsame Bewegung. Doch sind Bötchers Ausführungen von der Auffassung durchweht, daß dieses Wollen keineswegs immer durch das, was diese Menschen als ihr Ziel oder die Gründe ihres Handelns angeben, richtig bezeichnet ist. Und an dieser Klippe scheitern die meisten soziologischen Untersuchungen, die nur aus Programmen und Richtlinien eine lebendige Bewegung zu verstehen versuchen.

Bötcher stellt zwei Auffassungen von der Aufgabe der Gewerkschaft einander gegenüber. Die eine sieht ihre Hauptaufgabe in der „Aufrechterhaltung oder Besserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder“, die andere betrachtet sie als ein Instrument des Klassenkampfes zur Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung. Nun kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die zweite Auffassung von der Funktion der Gewerkschaft heute bei der breiten Masse der Arbeiter — wenigstens in Deutschland — die herrschende ist, ohne daß die Mitglieder aber deshalb auf die Erfüllung der anderen Aufgabe — Besserung ihrer Lebenshaltung auch innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung — verzichten wollen. Bei dem Streit um die Notwendigkeit einer Änderung in der Struktur der

systems und bildet Betriebsorganisationen. Wo die Verhältnisse die Bildung solcher nicht zulassen, bilden sich Zahlstellen. Die Betriebsorganisationen bzw. Zahlstellen vereinigen sich zu Ortsgruppen, diese wieder zu Unterbezirken und letztere zu Wirtschaftsbezirken. . . . — Die Organisation gliedert sich weiterhin in Industriegruppen.“ „Die Union“, a. a. O., 3. Jahrg., Nr. 36, 22. September 1921.

Gewerkschaften spielt aber diese veränderte Auffassung von ihren Aufgaben eine verhältnismäßig geringe Rolle. Vielmehr läßt sich der Hauptgrund, der für einen Umbau angeführt wird, die Gewerkschaftsform müsse der wirtschaftlichen Entwicklung folgen und sich der Organisationsform der Industrie anpassen, in gleicher Weise geltend machen, ob man nun im Kampf um bessere Lebensbedingungen innerhalb der bestehenden Wirtschaftsform oder im Streben nach einer neuen Gesellschaftsordnung die Hauptaufgabe der Gewerkschaften sieht¹⁾.

Das Wollen, das hinter den neu auftauchenden revolutionären Gesellschaftsorganisationen steckt, geht aber weiter. Es stellt an die zukünftige Gesellschaftsordnung schon ganz bestimmte Forderungen. Zwei Fragen findet Bötcher immer wieder hinter allen Erörterungen der Revolutionäre: „Wie bekommt der Arbeiter wieder Freude an der Arbeit, wie wieder Interesse an „seinem“ Betrieb und an seinen Organisationen?“ Aus diesen Fragen erwächst das Bestreben, eine Ordnung der „Gemeinschaft“ an Stelle einer „Gesellschaft“ zu errichten. Diese aber kann sich nur aufbauen auf dem Betrieb. So erwächst die Organisationsform, die diese revolutionären Gewerkschaftler fordern, aus der besonderen Funktion, die sie ihrer Gewerkschaft zuschreiben. In engstem Zusammenhang damit steht auch der chiliastische Enthusiasmus, mit dem das Eintreten der „Todeskrise“ des Kapitalismus und das unmittelbare Bevorstehen der Errichtung der „neuen Gesellschaft“ immer wieder betont wird. Zweifellos tritt in Deutschland diese Einstellung am klarsten bei der A. A. U. hervor, und das ist auch der Grund, weshalb ihr Bötcher sein besonderes Interesse zugewendet hat. Unter den Richtungen der A. A. U. ist es die Einheitsorganisation, die diesen Charakter am reinsten bewahrt.

Damit ist natürlich noch keineswegs gesagt, daß gerade diese Organisation auch die besten Aussichten hat, sich in Zukunft durchzusetzen. Neben ihr stehen noch die F. A. U. D. und die Union der Hand- und Kopfarbeiter. Während allerdings letztere, wenn sie den Anschluß an die R. G. I. aufrechterhält, dem Ende ihres Lebens als selbständige Organisation nahe ist, erscheint die Existenz der syndikalistischen Union am gesichertsten, vor allem wenn die Gründung

¹⁾ Vgl. z. B. die Verhandlungen des 11. Gewerkschaftskongresses des A. D. G. B. in Leipzig 1922 und dazu im Korrespondenzblatt a. a. O., Jahrg. 32, Nr. 24 die verschiedenen Aufsätze über Berufsverbände, Industrieverbände und Betriebsorganisation.

der syndikalistischen Internationale gelingen wird. Es fragt sich nun: Was trennt denn eigentlich die Syndikalisten von der A. A. U.? Die Antwort kann nach den vorhergehenden Untersuchungen nicht schwer fallen. Es ist nicht so sehr der Streit um die Wichtigkeit der Politik, der in dem Augenblick, in dem die A. A. U. jede politische Sonderorganisation verwirft, gegenstandslos wird und für die Menge der Arbeiter praktisch nur noch einen Streit um Worte bedeutet. Auch die Tatsache, daß die Syndikalisten wenigstens in ihren abgeklärtesten Vertretern die Möglichkeit, eine neue Gesellschaftsordnung mit Gewalt aufzubauen, immer wieder bestreiten und daher auch die „Diktatur des Proletariats“ ablehnen, wird wohl eine Verständigung nicht ausschließen, da ja Syndikalisten mit Unionisten über die Notwendigkeit, das Alte mit Gewalt zu zerschlagen, einig sind. Was die beiden trennt ist letzten Endes die in der Auffassung über die Organisation zum Ausdruck kommende gesellschaftliche Grundeinstellung. Der Syndikalist bleibt im Grunde Individualist. Er ist getragen von der hohen Wertung des Einzelmenschen, sein höchstes Ideal bleibt die Persönlichkeit. Darum fehlt ihm das Verständnis für die Inbrunst, mit welcher der Unionist seine Zusammengehörigkeit nach Betrieben, das Einzige, in dem er als Arbeiter noch ein Stück von Gemeinschaft findet, verteidigt und als Grundstein der Neuordnung anerkannt sehen will. Mit einem Aufgehen der A. A. U. in den Syndikalisten würde die besondere gewerkschaftliche Ausdrucksform, welche die revolutionären Ideen gefunden haben, in Deutschland verschwinden.

Doch mögen diese besonderen Formen gewerkschaftlicher Organisationen Bestand haben oder zerplatzen wie Blasen, die für kurze Zeit auf der Oberfläche der brodelnden revolutionären Masse auftauchen — sie bleiben der Ausdruck eines Wollens, das sich dem offenen Auge auch in manchen anderen werdenden sozialen Gebilden offenbart. Es mag sein, daß diese revolutionären Gewerkschaften praktisch ihre Wirkung vollkommen verfehlt, daß sie vielleicht die Erreichung ihres eigenen Ziels eher gehemmt, als gefördert haben. Das kann und soll hier nicht untersucht werden. Derjenige aber, der wie Bötcher hinter diesen Ausdrucksformen das Wollen und Drängen gesellschaftsbildender Kräfte sucht, wird in ihnen den starken Pulsschlag des sozialen Lebens unserer Tage spüren.

Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Der Preis für die angezeigten Bücher ergibt sich durch Vervielfältigung der nach dem Titel stehenden Grundzahl (Gr.-Z.) mit der jeweils geltenden Schlüsselzahl (S.-Z.). Die für gebundene Bücher sich ergebenden Preise sind nicht verbindlich. Bei Lieferung nach dem Ausland erfolgt Berechnung in der Währung des betr. Landes.

Unternehmertum und Sozialismus. Eine dogmen- und wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung. Von Dr. **Irmgard Feig**, Charlottenburg. (Abhandl. d. staatswiss. Seminars zu Jena. Hrg. von Prof. Dr. J. Pierstorff. Bd. XV, 5.) IV, 66 S. gr. 8° 1922 Gr.-Z. 2.—

Inhalt: I. Die Problemstellung. 1. Einleitung. 2. Die Entwicklung des Unternehmertums und der Unternehmung. 3. Die Stellung des Sozialismus zum Unternehmertum. — II. Die Periode der Kleinunternehmung. 4. Der zentralistische Sozialismus (Saint-Simon und Bazard). 5. Der Genossenschaftssozialismus (Fourier). — III. Die Periode der einzelwirtschaftlichen Großunternehmung. 6. Der Genossenschaftssozialismus (Robert Owen). 7. Der Staatssozialismus und seine Entartung (Rodbertus und Marx). 8. Nachmarxistische Ansichten. — IV. Die Periode der gesellschaftswirtschaftlichen Großunternehmung. 9. Unternehmertum und Sozialismus der Gegenwart. 10. Zusammenfassung.

Klassenkampf und Sozialfrieden. Weitere sozialphysikalische Klärung. Von Prof. Dr. **Richard Ehrenberg**, Rostock. (Sonderabdruck aus Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, Bd. IX, Heft 4.) 35 S. gr. 8° 1922 Gr.-Z. —.60

Die heutige Arbeitslosigkeit im Lichte der Weltwirtschaftslage. Von Dr. **C. A. Verriijn Stuart**, o. Prof. d. Nationalökonomie u. Statistik an der Universität Utrecht. (Kieler Vorträge, herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms. Heft 5.) 23 S. 8° 1922 Gr.-Z. —.30

Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von **Gustav Mayer**. XVI, 488 S. gr. 8° 1909 Gr.-Z. 8.—, geb. 10.—

Archiv f. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arbeiterbewegung, I, Bd. 2: ... ein wertvoller Beitrag zur deutschen Parteigeschichte überhaupt, in den Jahren des deutschen Hegemoniekampfes und der verfassungs- und parteigeschichtlich überaus interessanten Uebergangsperiode des Norddeutschen Bundes. Die breite und reich überaus interessanten Anlage des Buches ist nicht nur darum zu begrüßen, weil keine Einzelheiten verschmähend, sondern vor allem weil das Werturteil über manche Materialien sehr schwer zugänglich sind, sondern vor allem weil das Werturteil über diesen problematischen Charakter, „der die Lassallesche Partei in Wirklichkeit schuf“, bei den Größen der sozialdemokratischen Partei die längste Zeit unerhört geschwankt hat.

M.'s Verdienst ist, auch die Geschichte der sozialdemokratischen Partei stärker und innerlicher in den allgemeinen Gang der deutschen Geschichte gerade in den Jahren, wo das nationale Interesse allen andern vorangeht, eingeordnet und damit einem unbefangenen Verständnis vorgearbeitet zu haben. Herman Oncken.

Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. Von Dr. **Bernhard Harms**, Prof. d. Staatswissenschaften a. der Univ. Kiel. Unveränderter Abdruck der Ausgabe von 1909. VII, 128 S. gr. 8° 1919 Gr.-Z. 2.40, geb. 4.—

Literarisches Zentralblatt für Deutschland: ... Diese kleine Schrift die in meisterhafter Darstellung aus dem Leben und Wirken Ferdinand Lassalles seine Bedeutung für die politische Weiterentwicklung der deutschen Sozialdemokratie herausarbeitet, gehört in die Reihen jener wenigen glänzenden Werke, welche die für die politische Fortentwicklung des deutschen Volkes entscheidenden Fragen vom Standpunkt der Wissenschaft aus in unbefangener Weise zu erörtern und zu erklären suchen. ... Auch wer die Anschauung des Verfassers nicht immer teilt, wird sich dem Eindruck seiner Argumentation nicht ganz entziehen können, und gerade darum ist diesen anregenden Betrachtungen die allergrößte Verbreitung zu wünschen.

Australien in Politik, Wirtschaft, Kultur. Von Dr. **Robert Schachner**,
a. o. Prof. a. d. Univ. Jena. VIII, 464 S. gr. 8° 1909 Gr.-Z. 10.—, geb. 12.—

Inhalt: Politik. Einleitung. I. Die australasischen Staaten. II. Verfassung und Parlament. III. Die Gemeinde. IV. Finanzpolitik. — Wirtschaft. I. Zoll- und Handelspolitik. II. Gütererzeugung. 1. Landwirtschaft. 2. Bergbau. 3. Gewerbe. 4. Handel und Verkehr. III. Öffentliche Tätigkeit. 1. Staatssozialismus. 2. Gemeindesozialismus. — Kultur. I. Bildungswesen. II. Strafrecht und Sitte. III. Kirche. IV. Literatur und Kunst. — Anhang: Gesetze, Programme u. dgl. — Register.

Die soziale Frage in Australien und Neuseeland. Von Dr. **Robert Schachner**, a. o. Prof. an der Univ. Jena. (Zweiter Band von „Australien in Politik, Wirtschaft und Kultur“.) Mit 1 geogr. Karte. VI, 394 S. gr. 8° 1911 Gr.-Z. 9.—, geb. 11.—

Inhalt: I. Arbeitsmarkt. Größe. Die Arbeiter. Eigenheiten des Arbeitsmarktes. Arbeitslosigkeit. — II. Lebenshaltung und Preise. Lebenshaltung. Preise. Arbeitsbudget. — III. Lohn und Arbeitsbedingungen. (Die Gewerkschaften. Die soziale Gesetzgebung. Der Staat als Arbeitgeber. Die Entwicklung der Löhne. — IV. Vorkehrungen für Zeiten der Verdienstlosigkeit. Sparkassenwesen. Lebensversicherung. Krankenversicherung. Alters- und Invaliditätsfürsorge. Unfallfürsorge im Bergbau. Armenpflege und Wohltätigkeit. — Rückblick und Ausblick. — Anhang: Entscheidungen. Arbeiterbriefe: 1. Von der Schafschurhütte; 2. Vom Goldfeld; 3. Aus der Fabrik; 4. Aus dem Kohlenschacht. — Literatur. Register.

Zur Geschichte der englischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1873 und 1874. Von Dr. jur. **Friedrich Kleinwächter**, o. ö. Prof. d. Staatswissensch. an der Franz-Josefs-Universität zu Czernowitz. IV, 149 S. gr. 8° (Jahrbücher f. Nationalök. u. Stat., Suppl. 1.) 1878 Gr.-Z. 0.80

Die Berufsvereine. Von **W. Kulemann**, Landgerichtsrat a. D. Erste Abteilung: **Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder.** Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage der „Gewerkschaftsbewegung“. Drei Bände. 1908 Gr.-Z. 21.—, geb. 30.—

Band I: **Deutschland I: Einleitung — Organisation der Arbeitnehmer I (Öffentliche Beamte — Freie Berufe — Privatangestellte).** XXXIV, 308 S. gr. 8°

Band II: **Deutschland II: Organisation der Arbeitnehmer II (Die Arbeiter — Die Arbeiterinnen — Einzelne Organisationen).** X, 504 S. gr. 8°

Band III: **Deutschland III: Organisation der Arbeitgeber — Gemeinsame Organisation.** VIII, 328 S. 8°

Marxismus und Bodenreform. Von **Adolf Damaschke**. 11.—20. Tausend. 24 S. 8° 1922 Gr.-Z. —.15

Weite Kreise unserer Arbeiter, Beamten und Angestellten werden in ihrer gedanklichen Einstellung und praktischer Arbeit bewußt und unbewußt vom „Marxismus“ bestimmt. Zumeist wird darunter die Lehre vom Mehrwert verstanden, die eine grundsätzliche Kampfstellung gegen die Unternehmer bedeutet und in der Tagespraxis auf die Forderung kürzerer Arbeitszeit und höheren Lohn hinausläuft. Daß damit allein die soziale Frage, zumal in unserer Zeit, nicht gelöst werden kann, wird in immer weiteren Kreisen erkannt. Nun versucht der Führer der Bodenreform hier durch eine Darlegung über das „Wesen des Marxismus“ zugleich den Beweis zu liefern, daß auch von ihm aus jeder organische Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens mit einer Reform des Bodenrechts beginnen muß, und daß dadurch eine erfolgreiche „Einheitsfront“ aller Kopf- und Handarbeiter möglich wird. Die kleine Schrift wird für die deutsche Politik noch eine weitreichende Bedeutung gewinnen.

System der Soziologie. Von Dr. phil. et med. **Franz Oppenheimer**,
Prof. an der Universität Frankfurt a. M.

Erster Band: **Allgemeine Soziologie.** Erster Halbband: **Grundlegung.** XX, 442 S. gr. 8° 1922 Gr.-Z. 6.—, geb. 9.—

Hiermit beginnt ein Werk des durch seine zahlreichen Schriften auf dem Gebiete der ökonomischen Theorie und Praxis rühmlichst bekannten Verfassers zu erscheinen, an dem er seit zwei Jahrzehnten sammelt und arbeitet. In ihm sucht er seine Gedanken in einem System darzustellen und die Grundlage zu schaffen auf der von Fachmännern der verschiedenen Gebiete in vereinter Arbeit weiter aufgebaut werden kann. Der vorliegende Band „Die Grundlegung“ ist der erste Halbband der „Allgemeinen Soziologie“ deren zweiter Halbband „Der soziale Prozeß“ in kürzester Frist folgt. Der zweite Band wird die spezielle Soziologie des Staates, der dritte die der Gesellschaftswirtschaft bringen. Der vierte Band endlich soll den Abriß einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart bringen. Er soll die letzten Wurzeln des Kapitalismus aufdecken.

Dieses gewaltige, umfassende Werk wird die Aufmerksamkeit aller theoretisch und praktisch geschulten Nationalökonomien auf sich lenken.

Lohnpolitik in der Nachkriegszeit. Von Dr. **Th. Brauer**, Köln. VIII, 202 S. gr. 8° 1922 Gr.-Z. 4.—

Inhalt: Einleitung. I. Teil: Grundlagen und Elemente der Lohnbildung. a) Allgemeine Lohnrate. 1. Der Lohn als Anteil am Produktionsertrag. 2. Zusammenhang zwischen Stand der volkswirtschaftlichen Produktivität und Höhe der allgemeinen Lohnrate. 3. Natürliche Lohngrenzen nach oben und unten. 4. Eigentümlichkeiten des Angebots an Arbeitskräften. 5. Soziale Wertschätzung der Handarbeit. 6. Behördliche Eingriffe in die Lohnfestsetzung. 7. Der Minimallohn. 8. Der Einfluß der Kampforganisationen und ihrer Charakterentwicklung. b) Die besonderen Lohnraten. 1. Der Wechsel der Nachfrage nach Arbeitskräften. 2. Die Zusammensetzung des Kapitals. 3. Arbeitsleistung und Gebrauchswert des Arbeiters. Einfluß der Entlohnungsmethoden. 5. Das Herkommen. 6. Gewerkschaftliche Organisation und Organisierbarkeit. „Gesetz“ der steigenden Begleitkosten. — II. Teil: Tatsachen der Lohnfestsetzung in neuerer Zeit. a) Allgemeiner Einfluß des Krieges und der Kriegsfolgen. 1. Aenderung im Charakter der Volkswirtschaft. 2. Allgemeine Hemmungen in der Produktivitätsentwicklung. 3. Zuspitzung des Konjunkturmoments. 4. Die Vordringlichkeit des sogenannten Existenzminimums. 5. Aenderungen in der Zusammensetzung der Arbeitskräfte. 6. Verallgemeinerung autoritärer Eingriffe in die Lohnbemessung. 7. Abneigung gegen bestimmte Entlohnungsmethoden in der Arbeiterschaft. Rückgang der Arbeitsleistung. 8. Die Höherbewertung der Handarbeit aus wirtschaftlichen, politischen und sozialen Erwägungen. 9. Aufschwung der Gewerkschaften. b) Lohnwirtschaftliche Folgen. 1. Schematisierung in der Lohnfestsetzung. Ihre volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung. 2. Der Lohnanstieg der ungelernten Arbeiter. 3. Bildung von Lohnmonopolen in sozialisierten Betrieben. — III. Teil: Drängende lohnpolitische Aufgaben. 1. Aufklärung über den Zusammenhang zwischen deutscher Wirtschaftslage und der Begrenzung der Lohnmöglichkeiten. 2. Grundsätzliche Rückkehr zum „Produktivitätsstandpunkt“. 3. Anstatt Schematisierung — organischer Aufbau der Lohnabstufung. 4. Bekämpfung der Lohnmonopole. „Sozialisierung“ der Konjunkturgewinne. 5. Abstufung der Arbeitszeit als Kompensationsmittel. 6. Anpassung der Entlohnungsmethoden. 7. Ausbau des Tarifvertrages. 8. Ausbau des Schieds- und Einigungswesens. 9. Die Aufgaben der Gewerkschaften und der Betriebsräte. 10. Arbeitsgemeinschaften und wirtschaftliche Selbstverwaltung. 11. Gewinnbeteiligung. Schluß.

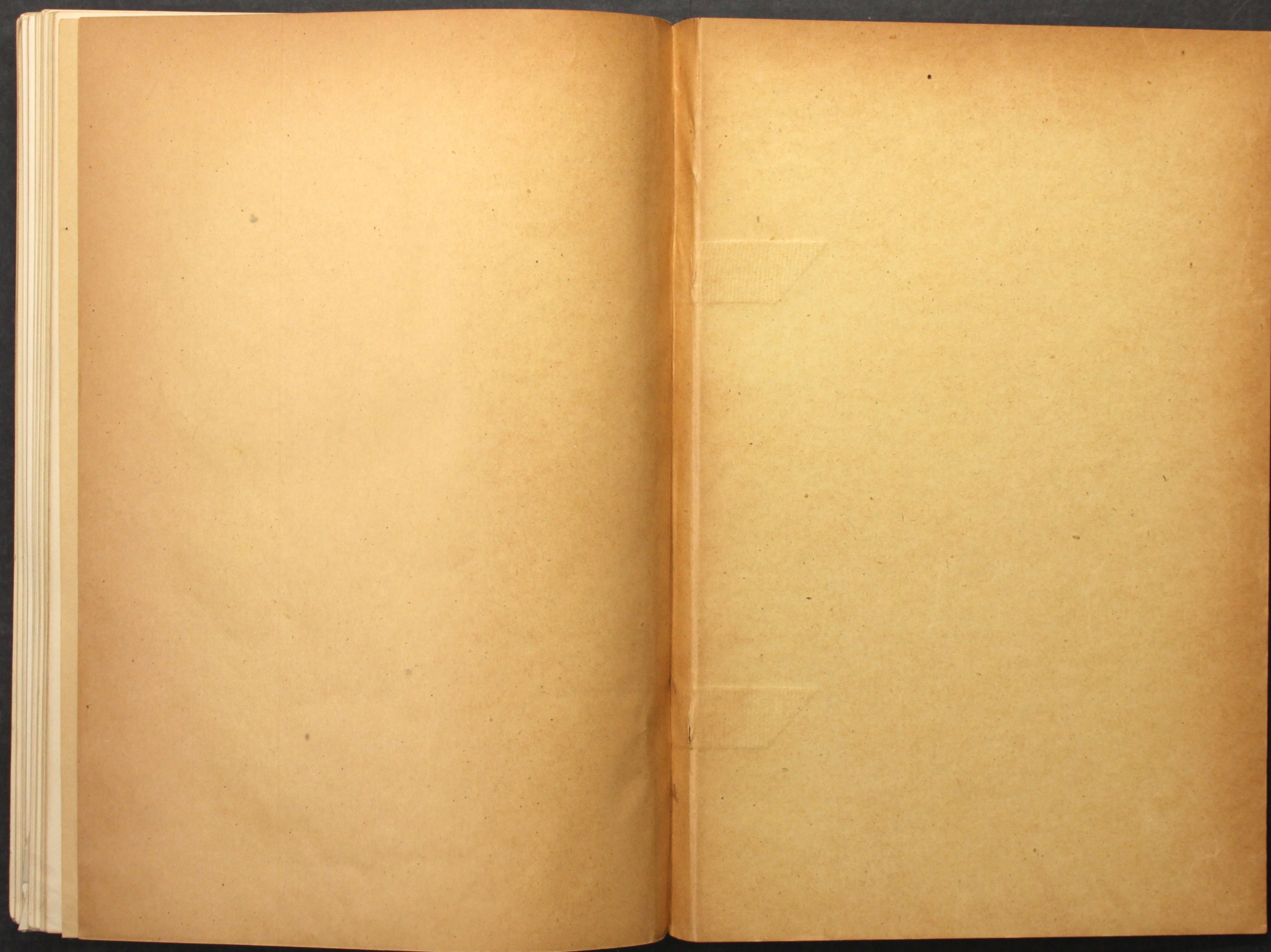
Wesen und Bedeutung des Gildesozialismus. Antrittsvorlesung, gehalten am 4. Februar 1922 in der Hamburgischen Universität. Von Privatdozent **Dr. Th. Plant**. III, 35 S. gr. 8° 1922 Gr.-Z. —.75

Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Von Prof. Dr. **Ludwig Mises**, Wien. VIII, 503 S. gr. 8° 1922 Gr.-Z. 6.—, geb. 9.—

Inhalt: **Einleitung.** 1. Der Sieg der sozialistischen Ideen. 2. Die wissenschaftliche Behandlung des Sozialismus. 3. Soziologisch-nationalökonomische und kulturgeschichtlich psychologische Methode der Betrachtung des Sozialismus. 4. Gesellschaftsentwicklung und Gesellschaftserkenntnis. 5. Willensmacht und Notwendigkeit. — I. Teil: **Liberalismus und Sozialismus.** 1. Das Eigentum. 2. Der Sozialismus. 3. Gesellschaftsordnung und politische Verfassung. 4. Gesellschaftsordnung und Familienverfassung. — II. Teil: **Die Wirtschaft des sozialistischen Gemeinwesens.** I. Das isolierte sozialistische Gemeinwesen. 1. Das Wesen der Wirtschaft. 2. Der Charakter der sozialistischen Produktionsweise. 3. Die Verteilung des Einkommens. 4. Die Gemeinwirtschaft im Beharrungszustand. 5. Die Einordnung des einzelnen in die gesellschaftliche Arbeitsgemeinschaft. 6. Die Gemeinwirtschaft in Bewegung. 7. Die Undurchführbarkeit des Sozialismus. II. Das sozialistische Gemeinwesen im Verkehr. 8. Weltsozialismus und Staatssozialismus. 9. Die Wanderungen als Problem des Sozialismus. 10. Die auswärtige Handelspolitik sozialistischer Gemeinwesen. III. Besondere Gestaltungen des sozialistischen Ideals und pseudosozialistische Gebilde. 11. Besondere Gestaltungen des sozialistischen Ideals: Das Wesen des Sozialismus, Der Staatssozialismus, Der Militärsozialismus, Der kirchliche Sozialismus, Die Planwirtschaft, Der Gildensozialismus. 12. Pseudosozialistische Gebilde: Der Solidarismus, Enteignungsvorschläge verschiedener Art, Die Gewinnbeteiligung, Der Syndikalismus, Halbsozialismus. — III. Teil: **Die Lehre von der Unentrinnbarkeit des Sozialismus.** I. Die gesellschaftliche Entwicklung. 1. Der sozialistische Chiasmus. 2. Die Gesellschaft: Das Wesen der Gesellschaft, Die Arbeitsteilung als Prinzip der Vergesellschaftung, Organismus und Organisation, Individuum und Gesellschaft, Die Entwicklung der Arbeitsteilung, Die Veränderung des Individuums in der Gesellschaft, Entgesellschaffung, Das Sondereigentum in der gesellschaftlichen Entwicklung. 3. Der Kampf als Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung: Der Gang der gesellschaftlichen Entwicklung, Der Darwinismus, Kampf und Wettkampf, Der Völkerkampf, Der Rassenkampf. 4. Klassengegensatz und Klassenkampf. 5. Die materialistische Geschichtsauffassung. II. Kapitalkonzentration und Monopolbildung als Vorstufe des Sozialismus. 6. Die Problemstellung: Die marxistische Konzentrationstheorie, Die Theorie der Antimonopolpolitik. 7. Die Konzentration der Betriebe. 8. Die Konzentration der Unternehmungen. 9. Konzentration der Vermögen. 10. Das Monopol und seine Wirkungen. — IV. Teil: **Der Sozialismus als sittliche Forderung.** 1. Sozialismus und Ethik. 2. Sozialismus als Ausfluß asketischer Lebensführung. 3. Christentum und Sozialismus. 4. Der ethische Sozialismus, besonders der des Neukritizismus. 5. Das Argument der wirtschaftlichen Demokratie. 6. Kapitalistische Ethik. — V. Teil: **Der Destruktionismus.** 1. Die Triebkräfte des Destruktionismus. 2. Der Weg des Destruktionismus: Die Mittel des Destruktionismus, Der gesetzliche Arbeiterschutz, Die Arbeiterversicherung und Arbeiterversorgung, Die Gewerkschaften, Die Sozialisierung, Die Steuerpolitik, Die Inflation, Marxismus und Destruktionismus. 3. Die Ueberwindung des Destruktionismus: Der Widerstand der „Interessenten“ des Kapitalismus, Gewalt und Autorität, Der Kampf der Geister. — Schluß: **Die geschichtliche Bedeutung des Sozialismus.**

Eine Erörterung der Probleme der Gemeinwirtschaft ist nicht nur für das Verständnis des Gegensatzes zwischen liberaler und sozialistischer Politik von entscheidender Bedeutung. Ohne sie ist ein Begreifen der Zustände, wie sie sich mit dem Einsetzen der Verstaatlichung und Verstaatlichungsbewegung herausgebildet haben, nicht denkbar. Nach Ansicht des Verfassers war es eine begreifliche, aber bedauerliche Einseitigkeit, daß die Nationalökonomie bisher ausschließlich den Mechanismus einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaft untersucht hat. Die Lücke, die dadurch entstanden ist, sucht die vorliegende Untersuchung auszufüllen. Sie ist für Nationalökonomien von besonderem Interesse.

Beiträge zur Geschichte der gewerblichen Arbeit in England während der letzten 50 Jahre. Nach den Erhebungen der Royal Commission on Labour. Von Dr. **Carl Alfred Schmid** [Thalweil]. VIII, 215 S. gr. 8° (Staatswissenschaftl. Studien. Hrsg. von Ludw. Elster. Bd. VI, 1.) 1896 Gr.-Z. 4.50



Fortschritt und Armut. Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum. Von **Henry George**. Deutsch von C. D. F. Gütschow. Sechste, unveränderte Auflage, mit einem Vorwort von Adolf Damaschke. XII, 407 S. gr. 8° 1920 Mk 156.—, geb. Mk 200.—

Der Ratgeber auf dem Kapitalmarkt vom 20. Oktober 1920 (Nr. 80): „... Es ist ein umfangreiches Buch, das vom Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Kapital, von der Bevölkerungsfrage und den Gesetzen der Verteilung ausgeht und im Anschluß daran die Grundsätze der Bodenreform entwickelt, deren Wirkungen im einzelnen besonders auf den menschlichen Fortschritt dargestellt werden. Von besonderem Wert dürften gerade in der jetzigen Zeit des überwiegenden Genuß-Materialismus die Ausführungen der Schlußkapitel über das Gesetz des menschlichen Fortschritts und des Problems des individuellen Lebens sein.

Soziale Probleme. Von **Henry George**. Deutsch von F. Stöpel. Vierte, unveränderte Auflage. Mit einem Vorwort von Adolf Damaschke. VIII 183 S. gr. 8° 1921 Mk 45.—, geb. Mk 75.—

Inhalt: 1. Die zunehmende Bedeutung der sozialen Fragen. 2. Politische Gefahren. 3. Die künftige Steigerung des sozialen Druckes. 4. Zwei entgegengesetzte Tendenzen. 5. Der Gang der Konzentration. 6. Das Unrecht in den bestehenden sozialen Verhältnissen. 7. Ist dies die beste aller Welten? 8. Könnten wir alle reich sein? 9. Erste Grundsätze. 10. Die Rechte des Menschen. 11. Straßenkehricht. 12. Ueberproduktion. 13. Unbeschäftigte Arbeit. 14. Die Wirkungen der Maschinen. 15. Sklaverei und Sklaverei. 16. Öffentliche Schulden und indirekte Steuern. 17. Die Funktionen der Regierung. 18. Was wir tun müssen. 19. Die erste Hauptreform. 20. Der amerikanische Landwirt. 21. Stadt und Land. 22. Schluß. — Anhang. 1. Die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter Englands. — 2. Ein Stück Land. Von Francis G. Shaw.

Henry George, der mit seinem tiefgründigen Werke „Fortschritt und Armut“ die Bodenreformbewegung in Amerika ins Leben rief, gibt in dem vorliegenden Buche wertvolle Ergänzungen seiner Lehre und Antworten auf alle Einwände, die von seinen Gegnern erhoben wurden. Die Antworten, die er gibt, sind von Tagesleidenschaften unbeeinflusst und ertönen in einer Sprache, die so klar ist, daß sie jeder verstehen kann. Gerade jetzt ist unser Volk gezwungen, unmittelbar Stellung zu nehmen zu vielen Fragen, die in diesem Buche aufgeworfen werden.

Das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften. Von Dr. Th. Brauer, Köln. 64 S. 8° 1920 Mk 27.—

Soziale Revue: ... Mitten aus der unmittelbaren Gewerkschaftsarbeit herausgewachsen, hält die Schrift sich fern von allen Verstiegenheiten und beleuchtet klar und sachlich die neue Lage, die das Gesetz geschaffen hat. Sie bildet damit einen sehr beachtenswerten Beitrag zum Gewerkschaftsproblem, für den man dem Verfasser dankbar sein muß. G. Schalk (Freiburg)

Soziale Praxis, 1920, Nr. 56: Diese treffliche kleine Schrift, die voll von wertvollen Urteilen und Anregungen ist, ist die bemerkenswerteste gewerkschaftliche Meinungsäußerung zum Betriebsrätegesetz, die uns seit Monaten zu Gesicht gekommen ist ... Brauers Gedanken gebieten Achtung, auch wo man sie ... nur cum grano salis gelten lassen möchte. L. Heyde (Grunewald).

Der Staat als Organismus. Gedanken zur Entwicklung der Menschheit. Von Prof. Dr. Oscar Hertwig, Berlin. VI, 271 S. gr. 8° 1922 Mk 30.—, geb. Mk 60.—

Inhalt: Einleitung: Die Lehre von der Organprojektion. — 1. Das Verhältnis der Teile zum Ganzen. — 2. Die individualistischen Systeme in der Staatslehre. — 3. Die sozialen, kollektivistischen oder altruistischen Systeme. — 4. Allgemeine Gesetze in der Organisation der Lebewesen und der menschlichen Staaten. — 5. Betrachtungen über die staatsbildenden Faktoren in der Geschichte der Menschheit. — 6. Die wirtschaftliche Organisation der europäischen Staaten im Mittelalter und ihre Umwandlung beim Übergang zur Neuzeit. — 7./10. Der moderne Wirtschaftsprozeß in seiner Wirkung auf Staat und Gesellschaft. (Die Mechanisierung der Wirtschaft durch das Unternehmertum als Vorstufe zur Sozialisierung durch Staat, Gemeinde und Unternehmerverbände. Der Arbeiter-sozialismus. Der ethische Sozialismus.) — 11./14. Krisen und Krankheiten im staatlichen Organismus (im wirtschaftlichen und sozialen, religiösen und sittlichen Leben). Wege zu ihrer Lösung und Heilung.